



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 23.06.2014

REDE

Friedrich zu Gast beim Baden- Württembergischen Genossenschaftsverband



„Aus kleinen Einrichtungen zur Selbsthilfe ist ein Erfolgsmodell geworden, das sich als Exportschlager erwiesen hat. Nirgendwo sonst werden Eigeninitiative, Solidarität und Identifikation so professionell gefördert und gestärkt wie in den Genossenschaften. Die Genossenschaften in Baden-Württemberg und der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband leisten hier eine hervorragende Arbeit“, sagte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich.

Friedrich war zu Gast beim Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband, der gemeinsam mit der Genossenschaftlichen Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit „GESTE – Baden-Württemberg“, dem Bund der Selbständigen Baden-Württemberg und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit zu der Veranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion eingeladen hatte.

„Genossenschaften sind Wertegemeinschaften, die Ziele verfolgen, die über reine Wirtschaftsbetriebe hinausgehen. Ihnen liegen wichtige Ideen zugrunde, wie etwa Hilfe zur Selbsthilfe, Eigenverantwortung, Demokratie und Solidarität“, sagte Friedrich. Weltweit seien rund eine Milliarde Menschen als Mitglieder an Genossenschaften beteiligt. Sie würden den Menschen Vorteile bringen, die sie alleine nicht erreichten. „So bieten Genossenschaften oft erstmals einen Zugang zu finanziellen Ressourcen durch Spar- und Kreditgenossenschaften. Besonders in den ländlichen Regionen eröffnen sie ihren Mitgliedern Zugang zu regionalen und überregionalen Märkten und verhelfen den Menschen damit zu besseren Einkommen.“

Genossenschaften seien damit ein ideales Instrument der Entwicklung von unten, die das Selbsthilfepotenzial der Menschen mobilisiere und stärke. „Nur wenn die Menschen selbst Verantwortung übernehmen, können selbsttragende unternehmerisch ausgerichtete Kooperationen und Netzwerke eine nachhaltige Entwicklung sichern. Von kleinen Gemeinschaften gehen somit Entwicklungsimpulse aus, die Breitenwirkung und multiplikative Kraft entfalten, um das wirtschaftliche und soziale Leben in wesentlichen Grundlagen zu erneuern.“

Die baden-württembergische Landesregierung verstehe eine erfolgreiche Entwicklungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe von Landesregierung, Kommunen, Kirchen, Unternehmen und der engagierten Zivilgesellschaft, betonte Friedrich. Mit der „GESTE – Baden-Württemberg“, die im Juli 2013 gegründet wurde, um genossenschaftliche Entwicklungsprojekte im Ausland zu fördern, habe das Land Verstärkung für diese Gemeinschaftsaufgabe bekommen. Dem vorausgegangen war der Entwicklungspolitische Dialog der Landesregierung, die Initiative „Welt:Bürger gefragt!“. Im Jahr 2012 hatten über 1.500 engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie 120 Organisationen und Verbände auf 25 Veranstaltungen im ganzen Land Vorschläge für eine neue Entwicklungspolitik für Baden-Württemberg erarbeitet.

Als Ergebnis dieses rund ein Jahr dauernden Bürgerdialogs sei eine schlüssige Strategie entwickelt worden, die als Entwicklungspolitische Leitlinie für Baden-Württemberg durch den Ministerrat im Februar 2013 verabschiedet und im November desselben Jahres fraktionsübergreifend vom Landtag begrüßt worden sei, erläutert Friedrich. „Damit stellt sich Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes, weltoffenes und solidarisches Land seiner globalen Verantwortung.“ Seither gibt es einmal jährlich eine Entwicklungspolitische Landeskonzferenz. Außerdem hat die Landesregierung den Rat für Entwicklungszusammenarbeit einberufen, der die Regierung beraten und auch aktive Organisationen vernetzen und gemeinsame Projekte voranbringen solle. Um kleine und mittlere Projekte anzukurbeln, hat die Landesregierung außerdem in den vergangenen beiden Jahren ein Förderprogramm über jeweils fast 400.000 Euro aufgelegt, das auch in diesem Jahr erneut ausgeschrieben worden sei. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Belebung und Vertiefung der Landespartnerschaft mit Burundi.

„Bei all diesen Maßnahmen leitet uns aber vor allem der Gedanke, dass Entwicklungspolitik eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Regierung ist. Entwicklungspolitik kann nur gelingen, wenn auch wir im Norden uns bewegen und entwickeln – bei unserem Konsum oder der Art und Weise, wie wir leben und wirtschaften. Fragen der internationalen Verantwortung betreffen heute somit alle Felder der Landespolitik“, sagte Friedrich.

Link dieser Seite:

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/minister-peter-friedrich-zu-gast-beim-baden-wuerttembergischen-genossenschaftsverband?print=1&cHash=570df1adab55852fcc1e442638153fd0>